

Pressemitteilung

Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg

„Europäische Netze erfordern Akzeptanz und einen stabilen regulativen Rahmen“

Debatten-Abend der Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg zum Thema „Europäische Netze“ am 18.05.2011 in Stuttgart

Über die Herausforderungen beim Ausbau der europäischen Stromnetze im Zusammenhang mit dem Umbau der Energieversorgung diskutierten am 18. Mai 2011 in Stuttgart namhafte Experten aus Politik, Wirtschaft und Verbänden im Rahmen eines Debatten-Abends der Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg. Bei der von Dr. Wieland Backes moderierten Veranstaltung referierten Herbert Reul, der Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments, Dr. Konstantin Staschus, der Generalsekretär des Verbands Europäischer Übertragungsnetzbetreiber für Strom (ENTSO-E), die Vorstandsvorsitzende der Friends of the Supergrid Ana Aguado Cornago sowie Rainer Joswig, Vorstand der EnBW Transportnetze AG.

Ende des Jahres 2008 haben die Mitglieder der Europäischen Union ein Richtlinienpaket für Klimaschutz und Energie erarbeitet und sich die ambitionierten „20-20-20-Ziele“ gesetzt. Bis zum Jahr 2020 sollen europaweit die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 reduziert, der Anteil an erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 20 Prozent gesteigert und die Energieeffizienz um 20 Prozent verbessert werden. Ein wesentlicher Faktor bei der Verwirklichung dieser Ziele wird ein leistungsfähiges europaweites Stromnetz zum Transport der Energie sein.

„Vereinfacht dargestellt, haben wir im Norden Europas Wind, im Süden Sonne, im Osten Biomasse. Wenn man Energie an den besten Standorten erzeugen will, muss der Netzausbau gemeinsam durchgeführt und auf europäischer Ebene koordiniert werden“, so Dr. Konstantin Staschus. Der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber für Strom (ENTSO-E), dem 41 Übertragungsnetzbetreiber aus 34 Ländern in Europa angehören, hat berechnet, dass dafür 500 Einzelprojekte erforderlich sind: „Das sind keine Ersatzprojekte, wir benötigen 42.000 Kilometer Trassen, die meisten davon neue Trassen, und 100 Mrd. Euro bis 2020 für diesen Ausbau. Jedes Projekt umfasst etwa 80 km und jede Leitung wird umkämpft sein. Aber wir brauchen das, damit das System funktioniert, wir brauchen es für die Integration der Erneuerbaren und die Entwicklung des Binnenmarkts.“

Aber die Zeit drängt. Will man die gesetzten Ziele innerhalb der kurzen Frist, die bis zum Jahr 2020 bleibt, verwirklichen, muss jetzt gehandelt werden. Die größte Herausforderung sieht Dr. Staschus wie auch die anderen Referenten bei der Akzeptanz. Die mangelnde Akzeptanz ist der Hauptgrund dafür, dass allein die Dauer der Genehmigungsverfahren für die erforderlichen Leitungstrassen bei 10 bis 15 Jahren liegt. „Wenn diese Leitungen nicht gebaut werden, dann können die Ziele bis 2020 nicht erreicht werden.“ Eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren wird häufig diskutiert, doch der Europapolitiker Herbert Reul sieht dies,

Stiftung Energie & Klimaschutz
Baden-Württemberg

Durlacher-Allee 93
76131 Karlsruhe
Großkunden-PLZ: 76180 Karlsruhe
Telefon 0721 63-13986
Telefax 0721 63-193521

energieundklimaschutzBW@enbw.com
www.energieundklimaschutzBW.com

Vorsitzender des Stiftungsrats
Dr. Hans-Josef Zimmer
Generalbevollmächtigter Technik
EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Geschäftsführender Vorstand
Dr. Wolf-Dietrich Erhard (Sprecher)
Manfred Volker Haberzettel
Dr. Bernd-Michael Zinow

Landesbank Baden-Württemberg
BLZ 600 501 01
Konto 2075129

Eine Stiftung der

gerade in Deutschland, sehr kritisch: „Ich bin mir nicht sicher, ob die Mitgliedstaaten das machen oder ob das noch geht nach ‚Stuttgart 21‘.“ In Deutschland seien von den 850 Kilometern Stromtrassen, die bereits 2005 von der dena I-Studie als Bedarf ermittelt wurden, bisher nur 90 Kilometer realisiert worden. Er sei deshalb gespannt, wie sich der Bau dieser Stromleitungen in Europa realisieren lasse, habe aber die Hoffnung, „dass nicht überall die Zustände sind wie in Deutschland und dass wir an der ein oder anderen Stelle schneller voran kommen.“

Neben der Genehmigung ist die Finanzierung des Milliardenprojekts das zweite Problemfeld. Europaweit ist die Finanzlage der Staaten angespannt, deshalb müsse, so Reul, der wirtschaftliche Anreiz für die Netzbetreiber erhöht werden. „Diejenigen, die die Netze betreiben, werden nur investieren, wenn sie auch daran verdienen.“ Und die Kosten für den Netzausbau werden sich in einer Größenordnung von 1,5 Cent je Kilowattstunde in den Strompreisen wiederfinden. Reul brachte hier das Stichwort „Energiearmut“ in die Diskussion ein.

Für die Organisation Friends of the Supergrid, ein Zusammenschluss von derzeit 22 Unternehmen und Organisationen die das neue europäische Transportnetz realisieren will, ist die Finanzierung selbst nicht das Problem: „Wenn wir mit Banken und Versicherungen reden, sagen diese: Wir verfügen über das notwendige Kapital. Wir wollen aber sicher sein, dass wir auch die Rendite dafür erhalten“, sagt die Vorstandsvorsitzende Ana Aguado Cornago, entscheidend seien klare Vorgaben der Politik: „Wir wollen einen rechtlichen Rahmen haben und nicht 27 verschiedene, so dass dieser für alle Mitgliedsstaaten gelten kann. Wir wünschen uns, dass es nur einen unabhängigen europäischen Systembetreiber gibt, der aus den nationalen Transportnetzbetreibern entstehen soll.“

„Riesensorge“ wegen geplantem Atomausstieg

Auch der geplante Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie bereitet dem Europapolitiker Herbert Reul „Riesensorge“. In der Energiepolitik sei „Ruhe, Verstand und Klugheit“ gefragt und nicht Hektik, „denn dann passieren Fehler“. Es sei ein Verdienst des neuen europäischen Energiekommissars Günter Oettinger, dass er das Thema Versorgungssicherheit wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt habe.

„Das Moratorium bereitet aus Netzsicht durchaus Schwierigkeiten“, sagte auch Rainer Joswig, Vorstand der EnBW Transportnetze AG. Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber haben, so Joswig, beim Bundeswirtschaftsministerium ihre Besorgnis für den Fall zum Ausdruck gebracht, dass es nach Ablauf des Moratoriums im Juni bei der dauerhaften Abschaltung der „sieben plus eins“ Kernkraftwerke bleibt. Nach dem momentanen Stand der Untersuchungen sehen sie darin für den kommenden Winter ein erhebliches Risiko für die Sicherheit der Stromversorgung. Dies betreffe insbesondere den Süden Deutschlands, da hier überproportional Kapazitäten wegfallen. „Es geht uns nicht darum, Schutzschirme über bestimmte Kraftwerke zu halten, wir brauchen eine bestimmte Kraftwerksleistung für eine bestimmte Zeit“, so Joswig, der an die Politik appelliert: „Bezieht man den Netzausbau mit ein und den Zubau von Kraftwerksleistung, dann sind auch Außerbetriebnahmen von Kraftwerken ohne negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Stromversorgung möglich.“



Die Protagonisten der Debatte, v. l. n. r.: Dr. Wolf-Dietrich Erhard, Dr. Wieland Backes, Rainer Joswig, Ana Aguado Cornago, Herbert Reul, Dr. Konstantin Staschus (Foto: Wolfgang List)

Wenn Sie Bilder in Druckauflösung benötigen, schicken Sie bitte eine kurze Mail an energieundklimaschutzBW@enbw.com

Verantwortlich für den Inhalt:

Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg

Ulrike Steinbrenner

Durlacher Allee 93

76131 Karlsruhe

Telefon: 0721 63-13986

Telefax: 0721 63-193521

Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg
Sitz der Stiftung: Karlsruhe

Vorsitzender des Stiftungsrats: Dr. Hans-Josef Zimmer

Vorstand:

Dr. Wolf-Dietrich Erhard (Sprecher)

Manfred Volker Haberzettel

Dr. Bernd-Michael Zinow